

Kartellklagen gegen Daimler ausgeweitet

Inkassodienst fordert Schadenersatz – Ausschüsse vor Bundesratssitzung in der Kritik



Im schlimmsten Fall wäre Daimler wohl über 200 Millionen Euro los: Der Logistikverband Elvis fordert von dem Konzern auch Geld wegen illegaler Preisabsprachen. Bild: dpa



BEITRAG TEILEN

mj. FRANKFURT. Der Nutzfahrzeughersteller Daimler sieht sich deutlich größeren Schadenersatzansprüchen von deutschen und Schweizer Spediteuren ausgesetzt, als bislang bekannt war. Der Logistikverband Elvis hat sich die Ansprüche abtreten lassen und will über eine InkassoTochtergesellschaft vor dem Landgericht Stuttgart 89 Millionen Euro sowie 33 Millionen Schweizer Franken jeweils nebst Zinsen erstreiten – betroffen sind mehr als 10 000 Kaufvorgänge in Deutschland und der Schweiz nach 2011 (Az.: 30 O 435/19). Schon seit 2017 verlangt Elvis rund 176 Millionen Euro von Daimler wegen illegaler Preisabsprachen im Zeitraum von 1997 bis 2011 (Az.: 30 O 17/18).

Man wolle die Klageänderung prüfen, halte Ansprüche aber weiterhin für unberechtigt, hieß es seitens Daimler am Donnerstag. „Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass unseren Kunden kein Schaden entstanden ist“, sagte ein Sprecher auf Nachfrage. Eine übliche Verteidigungslinie der Hersteller ist, dass die Spediteure den überhöhten Einkaufspreis wiederum an ihre Kunden weitergegeben haben („pass-on“). Außerdem wird das Geschäftsmodell der Kläger angegriffen. Die Komplexe Angabe der Auslieferungsorte sind und abgetretene Einzelforderungen zu riesigen Schadenersatzklagen bündeln. Die Frage der wirksamen Abtretungen und damit der Klagebefreiung wurde in beiden Verfahren **4 TAGE KOSTENFREI TESTEN** <https://zeitung.faz.net/faz/unternehmen/2021-03-05/677b5203e936bf537c511464b7bf2059/?GEPC=s5>



Die Änderung der Kartellklage wird just vor der Sitzung des Bundesrats am Freitag bekannt, die für die Inkassodienstleister größte Bedeutung hat. Die Länderkammer beschäftigt sich mit dem Gesetzesentwurf zur „Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt“. Im Vorfeld empfahlen sowohl der Rechtsausschuss als auch der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz, Inkassodienstleistern künftig keine Dienstleistungen im Kartellrecht zu ermöglichen. Bestimmte Rechtsgebiete seien durch ihre besonders hohe rechtliche Komplexität und hohe Bedeutung für das Gemeinwohl und die Rechtspflege gekennzeichnet. Sie eigneten sich daher nicht für die standardisierte und digitalisierte Form der Inkassodienstleistungen.

Findet sich diese Forderung im späteren Gesetz wieder, wäre dies das Ende für manchen Anbieter, mahnen einige Juristen. Deutliche Kritik an der Besetzung des Ausschusses für Agrarpolitik übt Anwalt Rüdiger Lahme, der das Land Baden-Württemberg im „Rundholzkartell“ auf Schadenersatz verklagt. Dort machte eine Inkassogesellschaft Ansprüche für 36 Betriebe geltend, verhandelt wird am 1. Juli (Az. 30 O 176/19). So seien im Ausschuss ausnahmslos für alle Bundesländer diejenigen Ministerinnen und Minister vertreten, welche die politische Verantwortung für die Verteidigung gegen die Schadenersatzverfahren tragen würden, argumentiert der Kartellrechtler in einem Schreiben, das der F.A.Z. vorliegt. Vor den Gerichten seien Klagen gegen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen und eben Baden-Württemberg mit einem Streitwert von mindestens 830 Millionen Euro anhängig. Die Empfehlung sei ein „fadenscheiniger Versuch“, Ansprüche der geschädigten Sägeindustrie unter Durchbrechung der Gewaltenteilung nachträglich abzuschwächen. Das aber dürfe nicht sein. Der Staat dürfe nicht nachträglich die Spielregeln zu seinen Gunsten verändern, wenn er aufgrund von Fehlverhaltens in der Vergangenheit einmal zur Verantwortung gezogen werde.



BEITRAG TEILEN

MEHR ZUM THEMA

Opel spürt Brexit kaum

thwi. RÜSSELSHEIM. Opel spürt bisher keine großen Nachteile durch den Abschied des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Das sagte der Vorsitzende der Geschäftsleitung des Autobauers, Michael Lohscheller, der (<https://zeitung.faz.net/faz/unternehmen/2021-03-05/opel-spuert-brexit-kaum/580147.html>)

Schaeffler macht Verlust

hpe. MÜNCHEN. Der Auto- und Industriezulieferer Schaeffler nimmt in diesem Jahr die Serienproduktion von Elektromotoren für Hybridmodule und elektrische Achsantriebe auf und eröffnet ein neues Werk in Ungarn. (<https://zeitung.faz.net/faz/unternehmen/2021-03-05/schaeffler-macht-verlust/580141.html>)



[\(https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/\)](https://zeitung.faz.net/faz/seite-eins/)

Impressum (<http://www.faz.net/ueber-uns/faz-net-impressum-112096.html>)

Datenschutz (<http://www.faz.net/datenschutz/>)

Die komplette digitale Ausgabe der F.A.Z.